

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

5. Dezember 2016

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Überfällen und Anschlägen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in den vergangenen Wochen folgende Provinzen betroffen: Nangarhar, Paktia, Ghazni, Kandahar, Uruzgan, Zabul, Daikundi, Badghis, Herat, Farah, Faryab, Kunduz, Helmand, Badakhshan, Maidan Wardak. In der Provinz Sar-i-Pul werden in den nächsten Tagen schwere Kämpfe erwartet. Rund um die Hauptstadt Sar-i-Pul City wurde eine steigende Präsenz von Kämpfern der Taliban und des IS beobachtet.

Gezielte Übergriffe

Am 28.11.16 wurde aus der südöstlichen Provinz Paktika gemeldet, dass die Taliban auf Fernstraßen kontrollieren.

Am 30.11.16 schlugen im Kabuler Diplomatenviertel zwei Raketen ein.

Am 03.12.16 richteten die Taliban in Maidan Wardak (Zentrum) einen Studenten hin. Ihm wurde vorgeworfen, für die Regierung zu spionieren und in die Ermordung eines Kommandanten des Haqqani-Netzwerks verwickelt zu sein. In Paktika (Südosten) starben drei Zivilisten bei der Explosion einer Straßenbombe, drei wurden verletzt.

Am 04.12.16 begannen die Taliban im Distrikt Qarah Bagh der Provinz Ghazni (Südosten) damit, Smartphones zu konfiszieren, auf denen Musik oder Videos gespeichert waren.

Irak

Lage in Mosul

Kämpfer des IS haben in den letzten Tagen bei Gegenangriffen in Mosul den schiitischen Milizen empfindliche Verluste zugefügt und so den Vormarsch der Anti-IS-Koalition ins Stocken gebracht. Die Lage der in Mosul eingeschlossenen Zivilisten wird immer bedrohlicher. Seit einer Woche sollen weder Lebensmittel noch Treibstoff in die Stadt gelangt sein.

Palästinensische Autonomiegebiete

Abbas plädiert auf Fatah-Kongress für weiteren Dialog mit Israel

Der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas hat auf dem Parteikongress von al-Fatah für eine Fortsetzung des Dialogs mit Israel geworben. Er erklärte dies am 30.11.16 vor rund 1.400 Delegierten in Ramallah. Die Palästinenser wollten einen Frieden entsprechend der internationalen Resolutionen, aber die israelische Regierung wolle dies offenbar nicht, so der Präsident. Israel müsse akzeptieren, dass die Siedlungen illegal sind.

Iran

Konkurrenzkampf um Khamenei-Nachfolge

Der Konflikt zwischen Judikative und Legislative in Iran begann mit einer Anfrage im Parlament: Der Parlamentarier Mahmoud Sadeghi verlangte Informationen, nachdem festgestellt worden war, dass alle Konten der Judikative auf den Justizchef Sadegh Larijani laufen und unter anderem auch Haftkautionen direkt dorthin überwiesen werden. Wirtschaftsminister Ali Tayebnia bestätigte die Vorwürfe. Justizbeamte wollten daraufhin Sadeghi verhaften. Dieser verweigerte sich unter Berufung auf seine parlamentarische Immunität. Hintergrund ist, dass Justizchef Larijani auch als Anwärter für die Nachfolge des religiösen Führers Ali Khamenei gehandelt wird. Die Angriffe auf die Justiz könnten zur Minderung seiner Chancen führen.

Kuwait

Islamisten und ihre Verbündeten feiern Wiedereinzug ins Parlament

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl haben oppositionelle Kandidaten fast die Hälfte der Sitze erobert. Sie sicherten sich insgesamt 24 der 50 Mandate, wie die Wahlbehörden am 04.12.16 mitteilten. Etwa die Hälfte von ihnen entstammt islamistischen Bewegungen, die übrigen neu gewählten Oppositionsabgeordneten sind Nationalisten und Liberale. Eine Frau schaffte den Sprung in die Nationalversammlung. Die schiitische Minderheit büßte drei Sitze ein und stellt künftig noch sechs Abgeordnete. Die Beteiligung an der Wahl am 03.12.16 lag bei etwa 70 %. Wegen anhaltender Auseinandersetzungen über das Wahlrecht hatte die Opposition die Wahlen 2012 und 2013 boykottiert.

Libyen

Hunderte Migranten aus Mittelmeer gerettet

Am 28.11.16 sollen etwa 1400 Flüchtlinge vor der Küste Libyens aus dem Mittelmeer gerettet worden sein. Die italienischen Behörden melden, dass in den ersten elf Monaten des Jahres bereits mehr als 171.000 Personen aus dem Mittelmeer gerettet und nach Italien gebracht wurden. Der bisherige Rekord lag bei 170.100 im Jahr 2014. Seit Jahresbeginn sollen mindestens 4690 Männer, Frauen und Kinder bei der gefährlichen Überfahrt ums Leben gekommen sein.

Tod des Islamisten-Anführers gemeldet

Ein US-Regierungsvertreter teilte am 28.11.16 mit, dass der Islamisten-Anführer Mokhtar Belmokhtar bei einem französischen Luftangriff im November 2016 getötet worden ist. Der Angriff erfolgte in Zusammenarbeit mit dem US-Geheimdienst. Meldungen über seinen Tod gab es in der Vergangenheit bereits mehrfach. Belmokhtar war an zahlreichen Angriffen in der Sahel-Zone beteiligt.

Gefechte in Tripolis

Am Abend des 01.12.16 soll es im Süden der Hauptstadt Gefechte unter verfeindeten Milizen gegeben haben. Auf Straßen seien Panzer, Lastwagen und schwere Waffen zu sehen und Explosionen sowie Gewehrschüsse zu hören gewesen. Bekämpft haben sollen sich laut Medienberichten auf der einen Seite die Milizen des früheren Ministerpräsidenten Khalifa al-Ghweil – unterstützt von Kräften des Großmuftis Sadik al-Ghariani und der Libyschen Islamischen Kampfgruppe, einer Terrormiliz mit Verbindungen zur Kaida – und auf der anderen Seite die Revolutions-Brigaden Haitham Tajouris, die Rada-Formation von Abdul Rauf Kara und lokale Warlords. Mindestens sieben Menschen seien getötet worden.

Ägypten

Neues NGO-Gesetz

Das Parlament beschloss am 29.11.16 ein Gesetz, von dem befürchtet wird, dass es künftig die unabhängige Arbeit ausländischer Nichtregierungsorganisationen verhindern kann. Demnach soll eine neue Behörde alle ausländischen NGOs sowie ägyptische Körperschaften mit ausländischer finanzieller Unterstützung überwachen. Arbeit mit politischem Charakter soll künftig verboten sein. Ergebnisse von Feldforschung oder Meinungsumfragen müssen vor Veröffentlichung genehmigt werden. Bereits bisher wird die Arbeit von NGOs behindert. So kann die Konrad-Adenauer-Stiftung seit einem Urteil gegen zwei Mitarbeiter im Jahr 2013 nur noch eingeschränkt arbeiten. Die Friedrich-Naumann-Stiftung musste Ägypten zu Beginn des Jahres 2016 verlassen. Präsident al-Sisi muss das neue Gesetz noch unterzeichnen.

Strengere Strafen für FGM

Am 01.12.16 trat ein Gesetz in Kraft, das für weibliche Genitalverstümmelung strengere Strafen vorsieht. Während bisher die Vornahme von FGM mit einer Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und zwei Jahren bewehrt war, droht nunmehr eine Freiheitsstrafe zwischen fünf und sieben Jahren. Im Fall einer dauerhaften Behinderung oder des Todes des Opfers ist eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren möglich.

Weibliche Genitalverstümmelung ist sowohl bei der muslimischen als auch bei der christlichen Bevölkerung Ägyptens weit verbreitet. Nach Angaben von UNDP (United Nations Development Programme) ändert sich die Einstellung zu dieser Praxis. Während 92 % aller Mütter verstümmelt sind, haben nur noch 35 % die Absicht, die FGM an ihren Töchtern vornehmen zu lassen. Im Januar 2015 wurde ein Arzt, der FGM an einer 14-jährigen vorgenommen hatte, die an dem Eingriff starb, zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren wegen fahrlässiger Tötung sowie zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten wegen Vornahme der FGM verurteilt. Er musste lediglich die dreimonatige Freiheitsstrafe verbüßen.

Südsudan

Menschenrechtskommission: Ethnische Säuberung

Nach Angaben einer UN-Kommission zu den Menschenrechten in Südsudan vom 01.12.16 werden Hunger, Niederbrennen von Dörfern und Vertreibung der Bevölkerung als Mittel zur ethnischen Säuberung angewandt. Die sexuelle Gewalt gegen Zivilistinnen von Seiten aller am Bürgerkrieg beteiligten bewaffneten Gruppen habe ein unvorstellbares Ausmaß erreicht. Die dreiköpfige UN-Kommission hatte im Verlauf ihres zehntägigen Aufenthalts Teile der Bundesstaaten Unity, Upper Nile, Western Bahr el Ghazal sowie Central Equatoria und Eastern Equatoria besucht.

Seit Ausbruch des Konfliktes zwischen Präsident Salva Kiir und seinem ehemaligen Vizepräsidenten im Dezember 2013 wurden nach Schätzungen 2,2 Millionen Südsudanesen von ihren Wohnorten vertrieben.

Somalia

Kampfhandlungen

In der Gegend der Ortschaft Dumaye (Region Mudug) kam es am 27. und 28.11.16 zu Kämpfen zwischen Angehörigen einer örtlichen Miliz, die von Sicherheitskräften Galmudugs unterstützt wurde, und al-Shabaab-Kämpfern. Dabei starben mindestens 20 Personen. Bei den Toten soll es sich überwiegend um al-Shabaab-Angehörige handeln. Die Kämpfe waren ausgebrochen, nachdem sich die ortsansässige Bevölkerung geweigert hatte, an die al-Shabaab Steuern zu zahlen.

Bei einem Luftangriff auf ein Trainingslager der al-Shabaab in Torotorow (Region Lower Shabelle) wurden am 28.11.16 mehrere Kämpfer der extremistischen Miliz getötet.

Nahe der Ortschaft Bashashin, etwa 50 km westlich von Qandala (Region Bari), kam es erstmalig zu einem Feuergefecht zwischen puntländischen Einheiten und IS-Kämpfern. Die Hafenstadt Qandala war am 26.10.16 kampfflos von IS-Kämpfern eingenommen worden. Die Einwohner sollen geflohen sein. Nach Angaben des Gouverneurs der Region Bari, der die Offensive gegen die Besatzer Qandalas leitet, wurden die puntländischen Sicherheitskräfte angegriffen, als sie Landminen entschärfen, mit denen die IS-Kämpfer ein Vorankommen behindern wollten. Bei dem Feuergefecht wurden sieben Extremisten getötet und drei puntländische Soldaten verletzt.

Im Oktober 2015 hatten sich al-Shabaab-Angehörige von dieser Miliz losgesagt und dem IS Treue geschworen. Während al-Shabaab in Südsomalia gegen den IS vorging, gelang es diesem, sich in den abgelegenen Galgala-Bergen in Puntland festzusetzen. Den Angaben des Gouverneurs von Bari zufolge soll es sich bei den getöteten IS-Kämpfern ausschließlich um Somalier handeln.

Anschläge

Unbekannte erschossen am 29.11.16 einen Ältesten im Stadtteil Yaqshid von Mogadischu. Bei einem Hinterhalt der al-Shabaab auf einen Konvoi von örtlichen Amtsträgern in der Gegend von El Baraf (Region Middle Shabelle) am 01.12.16 kamen zwei Angehörige der Sicherheitskräfte und ein Leibwächter ums Leben. Der Distriktkommandant von Jalalaqsi wurde verletzt.

Äthiopien/Eritrea

Äthiopien wirft Eritrea einen Anschlagversuch vor

Nach Meldungen verschiedener Medien wollen äthiopische Behörden einen von Eritrea unterstützten Terroranschlag verhindert haben. Dabei seien 15 eritreische Söldner getötet und 73 verhaftet worden. Insgesamt hätten 113 bewaffnete Mitglieder versucht, die eritreisch-äthiopische Grenze im Westen der Tigray-Region zu überschreiten. Man habe Satellitentelefone, Geld, Waffen und andere militärische Ausrüstungsgegenstände sichergestellt. Das äthiopische Verteidigungsministerium behauptet, dass es sich um Mitglieder der Ginbot 7 handle.

Ginbot 7 (G-7, entspricht „15. Mai“) wurde im Mai 2008 gegründet. Ziel ist ein Machtwechsel in Äthiopien. Da dieser gegenwärtig nicht durch Wahlen erreicht werden könne, wird im Kampf gegen die Regierung der Einsatz aller zweckdienlichen Mittel propagiert. Ginbot 7 wurde im Juni 2011 deshalb zu einer terroristischen Organisation im Sinne des Anti-Terror-Gesetzes von 2009 erklärt.

Äthiopien und Eritrea haben sich wiederholt vorgeworfen, Terrororganisationen finanziell und logistisch zu unterstützen, um das Nachbarland zu destabilisieren. Beide Länder führten 1998 bis 2000 einen Grenzkrieg. Seitdem kommt es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen in der Grenzregion, zuletzt im April.

Nigeria

Gericht ordnet Freilassung von Scheich Ibrahim El-Zakzaky an

Auf Antrag von Scheich Ibrahim El-Zakzaky, Führer der schiitischen Sekte Islamic Movement in Nigeria (IMN), ordnete das Federal High Court in Abuja am 02.12.16 seine bedingungslose Freilassung aus der Haft und die seiner Ehefrau Malama Zeatudden innerhalb von 45 Tagen an. Ferner habe die Bundesregierung El-Zakzaky in der Stadt Zaria (Hauptsitz des IMN im nördlichen Bundesstaat Kaduna) oder einer anderen nord-nigerianischen Stadt seiner Wahl eine neue Unterkunft zu verschaffen und ihm und seiner Frau eine Haftentschädigung in Höhe von 50 Mio. Naira (rund 150.000 Euro) zu leisten.

El-Zakzaky und seine Frau wurden während der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen IMN-Angehörigen und dem Militär vom 12. bis 14.12.15 in Zaria verhaftet und sind seither beim Inlandsnachrichtendienst SSS in Haft. Laut einem Untersuchungsbericht der Regierung von Kaduna starben damals bei den Unruhen fast 350 Zivilisten, zum großen Teil Angehörige der IMN, durch unverhältnismäßige Gewalt der Armee. Das Anwesen von El-Zakzaky wurde zerstört. Seit Dezember 2015 sind bei mehreren, teils verbotenen Prozessionen des IMN mehrere Menschen von Sicherheitskräften erschossen worden. Nach Schätzungen von Human Rights Watch hat die Sekte in Nigeria etwa drei Mio. Mitglieder.

DR Kongo

Zentralkongo: Miliz Kamwina Nsapu griff Provinzhauptstadt Tshikapa an

Am 03.12.16 attackierten im Zentralkongo vermutlich Kämpfer der Miliz Kamwina Nsapu die Hauptstadt der Provinz Kasai-Occidental, Tshikapa (etwa 600.000 Einwohner). Laut Augenzeugenberichten brachten sie etwa 80 Prozent der Stadt unter ihre Kontrolle. Erst nachdem Militäreinheiten aus der Hauptstadt Kinshasa eingeflogen worden waren, konnten die Angreifer bis zum Morgen des 04.12.16 zurückgeschlagen werden. Bei den schweren Kämpfen soll es über 200 Tote gegeben haben. Kamwina Nsapu, der die Miliz im Sommer 2016 gegründet hatte, wurde im August 2016 bei Kämpfen der Miliz mit der Polizei getötet. Nachdem die Behörden seine kastrierte Leiche in Kananga (Hauptstadt der Provinz Kasai-Central) der Bevölkerung vorführten, kam es zum Aufstand der Miliz. So brachten deren Kämpfer u.a. im September 2016 kurzzeitig den Flughafen von Kananga unter ihre Kontrolle und konnten von den Sicherheitskräften erst nach Einfliegen von Verstärkungen vertrieben werden.

Mali

Anschläge auf Flugplätze im Norden

Extremisten haben im Norden Malis zwei Flughäfen angegriffen. Dabei habe es keine Opfer gegeben, erklärten Sicherheitskreise am 30.11.16. In Gao wurden durch eine Autobomben-Explosion am 29.11.16 Büros der UN-Friedenstruppe in der Nähe des Flughafens zerstört. Im Internet bekannte sich die mit Al-Kaida im Maghreb verbündete Gruppe Al-Mourabitoun dazu. Bei dem anderen Zwischenfall handelt es sich um einen Raketenangriff auf den Flugplatz von Timbuktu. Die Geschosse sollen ohne Schäden zu verursachen außerhalb des Geländes niedergegangen sein.

Gambia

Präsidentenwahlen

Am 01.12.16 waren rund 900.000 der knapp zwei Millionen Gambier zur Stimmabgabe aufgerufen. Sieger der Präsidentenwahl ist der Oppositionskandidat Adama Barrow (United Democratic Party/UDP). Wie die Wahlkommission am 02.12.16 in der Hauptstadt Banjul bekanntgab, kam er auf 45,5 % der abgegebenen Stimmen. Auf den seit 22 Jahren amtierenden Staatschef Yahya Jammeh (Allianz für Patriotische Neubesinnung und Aufbau / APRC) entfielen 36,6 % der Stimmen und der dritte Kandidat, Mama Kandeh, bekam 17,8 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 65 %. Die Opposition hatte mit Barrow erstmals einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt. Jammeh, der sich im Sommer 1994 an die Macht geputscht hatte, gestand nach Angaben der Wahlkommission noch vor der Verkündung des amtlichen Ergebnisses seine Niederlage ein. Der Regierungswechsel ist für Januar 2017 geplant. Es wäre der erste friedliche Machtwechsel seit der Unabhängigkeit des Landes 1965. Der bisherige Präsident Jammeh hatte im Vorfeld der Wahlen Demonstrationen verboten sowie die Abschaltung der internationalen Telefonverbindungen und des Internets verfügt, offiziell um Unruhen vorzubeugen. 2015 hatte Jammeh Gambia zur Islamischen Republik erklärt und die Einführung der Scharia angekündigt. Im Oktober 2016 entzog Jammeh Gambia der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Von Barrow, der eine unabhängige Justiz, Pressefreiheit, eine transparente Verwaltung sowie die Freilassung politischer Gefangener ankündigte, wird erwartet, dass er auch diese Schritte rückgängig macht.

Serbien

Deutschland unterstützt Roma-Projekte

Zur Fluchtursachenbekämpfung unterstützt die Bundesregierung ein Vorhaben zur Verbesserung der Bildungs- und Integrationschancen von Roma in Serbien. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat 2,4 Millionen Euro an den Roma Education Fund vergeben. 1.000 Roma Jugendliche bekommen ein dreijähriges Stipendium für die Sekundarschule, pro Jahr werden 50 Schülern Berufspraktika ermöglicht und 25 Schulabgänger erhalten Kurse zur beruflichen Fortbildung. Weiter werden jährlich 100 nach Serbien zurückkehrende Familien bei der Wiedereingliederung in das serbische Bildungssystem unterstützt. In einer zweiten Phase sollen weitere 3 Mio. EUR für weitere Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Geheimdienst gelingt Schlag gegen den IS

Der russische Inlandsgeheimdienst (FSB) verlautbarte, im Nordkaukasus am 03.12.16 den 35-jährigen ranghohen IS-Dschihadisten Rustam Aselderow und vier seiner Mitkämpfer bei einer Razzia in Machatschkala (Hauptstadt der russischen Nordkaukasusrepublik Dagestan) getötet zu haben.

Aselderow, auch bekannt unter dem Kampfnamen Scheich Abu Mohammed al-Kadari, soll der Dschihadistenmiliz IS im Dezember 2014 die Treue geschworen haben und zuletzt ihr „Emir“ im Nordkaukasus gewesen sein. Er hatte früher für eine Gruppe von Aufständischen im Nordkaukasus gekämpft und war nach Informationen des FSB unter anderem in einen Anschlag in Wolgograd im Jahr 2013 mit 34 Toten verwickelt.

Weißrussland

Erneut Todesstrafe vollstreckt

Weißrussland hat nach Informationen der Menschenrechtsorganisation Viasna im Jahr 2016 eine dritte Todesstrafe vollstreckt. Ein 31-Jähriger, der im Februar 2016 wegen dreifachen Mordes zum Tode verurteilt worden war, wurde erschossen.

Das Land ist der letzte Staat in Europa der Todesstrafen vollstreckt. Seit 1991 traf dies mehr als 400 Menschen. Angehörige werden zumeist nicht informiert, wann oder wo die Exekution stattfindet. Zudem erfahren sie nicht, wo der Leichnam begraben wurde. Regelmäßig appellieren weltweit Politiker und Organisationen, Hinrichtungen zumindest vorerst auszusetzen.

China

Ehefrau eines inhaftierten Anwalts erhält Menschenrechtspreis

Wang Qiaoling, die Ehefrau des inhaftierten chinesischen Bürgerrechtsanwalts Li Heping, zählt zu den 16 Preisträgerinnen und Preisträgern des am 01.12.16 erstmals vergebenen Deutsch-Französischen Menschenrechtspreises. Wang erhielt den Preis für ihr unermüdliches Engagement und als Stimme der Familienmitglieder verhafteter chinesischer Anwälte und Aktivisten. Li wurde im Rahmen umfassender Maßnahmen gegen Menschenrechtsanwälte und deren Mitarbeiter sowie Aktivisten im Juli 2015 festgenommen. Ihm wird Untergrabung der Staatsgewalt vorgeworfen.

Myanmar/Bangladesch

Tausende Rohingya fliehen nach Bangladesch

Laut einer Schätzung des UNHCR vom 30.11.16 flohen in den vergangenen Wochen etwa 10.000 Rohingya vor der am 09.10.16 ausgebrochenen Gewalt (vgl. BN v. 10.10.16) ins benachbarte Bangladesch. Da sich die Lage schnell ändere, können es auch bedeutend mehr sein. Bangladeschs Behörden verlauteten, einige verletzte Flüchtlinge auf humanitärer Basis ins Land zu lassen. Zuvor hatten sie die Grenzen abgeriegelt. In jüngster Zeit demonstrierten Muslime in Bangladesch, Malaysia, Indonesien und Thailand gegen die mutmaßliche Verfolgung von Rohingya in Myanmar.

Indien/Pakistan

Kaschmir: Zehn Tote bei Angriff auf indisches Militärlager

Bei einem Angriff auf ein indisches Militärlager in Nagrota in der Unruheregion Kaschmir sind am 30.11.16 sieben Soldaten und drei Angreifer getötet worden. Die schwer bewaffneten Männer hätten Handgranaten geworfen. Dann sollen sie vier Sicherheitskräfte erschossen haben und in zwei Gebäude eingedrungen sein, in denen Polizisten mit Familienangehörigen und Soldaten lebten. Die Auseinandersetzung erstreckte sich über rund acht Stunden.

Zu einem ähnlichen Vorfall kam es zuletzt im September 2016, bei dem 19 Soldaten ums Leben kamen. Es war dies der schwerste Angriff auf das indische Militär seit 2002 (BN v. 19.09.16).

Zuletzt haben die Spannungen zwischen Indien und Pakistan deutlich zugenommen. Regelmäßig berichten die Militärs beider Seiten von Artilleriefeuer und Schusswechselln an der Grenzlinie, mit militärischen und zivilen Todesopfern auf beiden Seiten. Nach indischen Angaben ist die Zahl der Terroristen deutlich gestiegen, die versuchen, über die Grenzlinie von Kaschmir nach Indien einzudringen.

Kolumbien

Parlament nimmt Friedensabkommen an

Am 29.11.16 stimmte der Senat für den am 24.11.16 unterzeichneten Friedensvertrag (vgl. BN v. 28.11.16) mit der Rebellenorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC), am 30.11.16 der Kongress. Es gab jeweils keine Gegenstimmen; Gegner des Vertrags, Abgeordnete von Alvaro Uribes Partei Centro Democrático, hatten die Abstimmungen boykottiert. Der seit 1964 andauernde Konflikt ist damit offiziell beendet. Die etwa 5.800 FARC-Kämpfer sollen noch dieses Jahr mit der Abgabe ihrer Waffen beginnen, die innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein soll.